

19. Mai 2011

Argumentationspapier für die SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der Bundeswehr

Zwei verlorene Jahre für die Bundeswehr - von zu Guttenberg zu de Maizièrè

Mit immer neuen unausgegorenen Reformideen hat der ehemalige Minister zu Guttenberg für Schlagzeilen gesorgt. Um ein hochgestecktes Einsparziel von 8,3 Mrd. Euro zu erreichen, sollte die Bundeswehr zu einer reinen Expeditionsarmee schrumpfen. Wie seine Reform finanziert werden sollte, blieb stets im Nebel verborgen. Die Nachwuchsgewinnung hat er durch die übereilte Aussetzung der Wehrpflicht - ohne ein Anschlusskonzept zur Gewinnung von freiwilligen Kurzzeitdienern zu haben - nachhaltig gefährdet.

Die Union trägt Mitverantwortung für den beispiellosen Scherbenhaufen, den zu Guttenberg hinterlassen hat.

Der neue Verteidigungsminister de Maizièrè hat diese reformpolitische Irrfahrt jetzt korrigiert und ein deutlich realitätsnäheres Konzept für die Reform der Bundeswehr vorgelegt.

Die sicherheitspolitische Begründung der Reform

Die von Peter Struck im Jahr 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) wurden fortgeschrieben. In den neuen VPR 2011 werden eine sicherheitspolitische Analyse durchgeführt und die bestimmenden Faktoren für einen angemessenen Streitkräfteumfang definiert.

Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr bleiben dabei weitgehend unverändert. Landesverteidigung als Bündnisverteidigung sowie internationale Konfliktverhütung und Krisenprävention bleiben die Hauptaufgaben. Die Bundeswehr als Bündnisarmee steht zu ihren internationalen Verpflichtungen innerhalb der UN, NATO und EU. Darüberhinaus bleiben die Fähigkeiten zur Rettung und Evakuierung, humanitären Hilfe und Beiträge zum Heimatschutz bestehen.

Mit der Fortschreibung der Verteidigungspolitischen Richtlinien ist der Verteidigungsminister auf dem richtigen Weg. Wir begrüßen, dass de Maizièrè die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD weitgehend aufgegriffen hat.

Nicht akzeptabel ist, dass im Gegensatz zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 keine Aussage mehr zur Abrüstung und Rüstungskontrolle als wesentliche Faktoren einer globalen Sicherheitsordnung getroffen werden.

Wir fordern eine rasche Umsetzung dieses Konzepts, damit das von zu Guttenberg angerichtete Chaos in der Bundeswehr so schnell wie möglich beendet wird und die betroffenen Menschen nach fast zwei Jahren Reformstreitigkeiten endlich Planungssicherheit erhalten.

Zukünftige Truppenstärke

Die Bundeswehr wird künftig aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten bestehen. Allein diese Zahl bestimmt die neue Struktur. Darüber hinaus wird mit 5.000 freiwilligen Kurzzeitdienern geplant. Dieser Umfang ist nach oben bis hin zu 15.000 Kurzzeitdienern geöffnet, falls sich

genügend Interessierte finden. Insgesamt kann die Truppenstärke somit bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten betragen.

Die Truppenstärke der Berufs- und Zeitsoldaten liegt weitgehend bei den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion. Die Planungen für die Kurzzeitdiener sind jedoch nicht akzeptabel. Die Freiwilligen sollen nicht Teil des Regelbetriebes sein. Sie werden faktisch nicht gebraucht.

Kultur der Freiwilligkeit

Die Bundesregierung hat es versäumt, die anstehende Reform zur Stärkung unserer Bürgergesellschaft insgesamt zu nutzen. Eine Kultur der Freiwilligkeit ist eine wesentliche Grundlage zum Ausbau der inneren Verfassung unseres Gemeinwesens. Die SPD hat hierzu wegweisende Konzepte vorgelegt. Das zaghafte Bemühen der Bundesregierung, junge Menschen für einen Freiwilligendienst in der Bundeswehr zu gewinnen, wird zweifelsohne auch Auswirkungen auf die anderen Freiwilligendienste haben. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es bei der Gewinnung von Kurzzeitdienern um deutlich mehr. Indem wir auf Freiwilligkeit bei wehr- und zivilen Diensten setzen, gehen wir einen wichtigen Schritt zur Stärkung unserer Bürgergesellschaft. Wir vertrauen auf selbstbestimmte junge Menschen, die freiwillig und aus innerer Überzeugung Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.

Die nun anvisierte Zahl von 5.000 Dienstposten für Freiwillige ist mutlos und nicht ausreichend, um den Nachwuchsbedarf der Bundeswehr zu decken. Es wird die Chance vergeben, für Nachwuchs aus der Mitte der Gesellschaft zu werben. Der Verdacht liegt nahe, dass der Verteidigungsminister aus Kostengründen über kurz oder lang ganz auf die freiwilligen Kurzzeitdiener verzichten will.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Gesamtkonzept zur Stärkung aller Freiwilligendienste vorzulegen. In dieses Gesamtkonzept ist auch der Freiwilligendienst bei der Bundeswehr aufzunehmen.

Die Reform der Bundeswehr muss zwingend durch ein Attraktivitätsprogramm begleitet werden. Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im September 2010 fundierte Vorschläge unterbreitet, die nun unverzüglich umzusetzen sind.

Wir fordern die Einsetzung eines Unterausschusses „Attraktivität in den Streitkräften“ im Verteidigungsausschuss.

Zivile Wehrverwaltung

Die zivile Wehrverwaltung soll von geplanten 75.000 auf dann 55.000 Dienstposten reduziert werden. Das Verhältnis Zivilpersonal zu Soldaten wird damit weiterhin 1:3 betragen. Man ist um sozialverträglichen Personalabbau bemüht.

Das Aufgabenfeld der Zivilbeschäftigten und der damit verbundene personelle Aufwand bleibt fast unverändert. Die starke Reduzierung von nochmals 20.000 zivilen Dienstposten wird dazu führen, dass die Soldatinnen und Soldaten sich nicht - wie beabsichtigt - auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, sondern zusätzlich Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei den Zivilbeschäftigten eine deutlich moderatere Reduzierung vorzunehmen.

Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt und der Abbau sozialverträglich erfolgt. Hier gilt der Tarifvertrag über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr bis Ende 2017.

Die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs kann sich nicht auf wenige Standorte beschränken. Hier muss eine Organisation, ähnlich den jetzigen Kreiswehrrersatzämtern, geschaffen werden, die in der gesamten Fläche präsent ist.

Standorte

Die drastische Reduzierung des Personalumfangs wird zu zahlreichen Standortschließungen führen. Die Bundeswehr ist dann noch weniger in der Fläche vertreten. Dies führt zu weiteren Problemen in der Nachwuchsgewinnung, da sich an Standorten erfahrungsgemäß die meisten Interessierten melden.

Wir fordern, dass bei den für den Herbst anvisierten Standortentscheidungen - wie auch unter Rudolf Scharping und Peter Struck geschehen - die Länder, Kommunen und Gemeinden eingebunden werden. Die Modernisierung der weiter genutzten Infrastruktur im Rahmen des laufenden Sofortprogrammes muss fortgesetzt werden.

Finanzen

Die Streitkräfte sollen nachhaltig finanziert werden und mittelfristig finanzierbar bleiben. Die Finanzplanung bleibt in unseren Augen unseriös und insgesamt der Beweis einer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik.

Eine Antwort auf die Frage der Finanzierung der Reform ist der Minister schuldig geblieben. Am Einsparziel von 8,3 Milliarden Euro in der mittelfristigen Finanzplanung soll festgehalten werden, auch wenn der Einsparzeitraum um ein Jahr bis 2015 verlängert wurde

Die Finanzierung ist und bleibt einer der Schwachpunkte der Reform. Der Minister steckt in dem Dilemma, dass er als Innenminister am Kabinetttisch den Einsparzielen zugestimmt hat.

Der Minister muss endlich den Mut haben einzugestehen, dass 8,3 Milliarden Euro in dieser Reform nicht einzusparen sind. Eine solide, realistische Finanzierung muss unverzüglich auf den Tisch. Seine jetzigen taktischen Spielchen zerstören das Vertrauen in die Reform.

Das Ministerium

Das Personal im Ministerium wird von 3.200 auf 2.000 reduziert. Die Rolle des Generalinspektors wird gestärkt. Er wird oberster militärischer Vorgesetzter und behält die Planungskompetenz sowie die militärpolitische Abteilung. Zukünftig wird es keine Inspektoren der Teilstreitkräfte mehr geben. Sie werden aus dem Ministerium ausgegliedert und übernehmen die Aufgaben eines Oberbefehlshabers im nachgeordneten Bereich.

Mit seinen Entscheidungen zur Neustrukturierung des Verteidigungsministeriums hat der Minister wichtige sozialdemokratische Empfehlungen umgesetzt. Doppelstrukturen werden abgebaut. Die Entscheidungswege werden kürzer und damit auch schneller.

Die Rolle des Generalinspektors als höchster militärischer Berater der Bundesregierung wird - wie von uns gefordert - gestärkt.

Die Ausgliederung der Inspektoren aus dem Ministerium wird von uns abgelehnt. Hierin sehen wir eine Gefahr, dass wichtige ministerielle Kompetenzen verloren gehen.

Es gilt weiterhin das Bonn-Berlin Gesetz zum ersten Dienstsitz des Ministeriums.

Ausrüstung und Beschaffung

Für die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung soll gemäß den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) ein multinational abgestimmter fähigkeitsorientierter und teilstreitkraftübergreifender Gesamtansatz verfolgt werden. Diesem Anspruch wird der Haushalt 2011 und die damit verbundene mittelfristige Finanzplanung aber nicht gerecht. Dies gilt auch für den Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Haushaltsplanentwurf 2012 und zum Finanzplan 2011 bis 2015.

Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend eine realistische, finanzierbare Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung vorzulegen, die für die Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zwingend notwendig ist.

Der weitere Fahrplan

Nachdem der Verteidigungsminister die Eckpunkte zur Reform verkündet hat, sind folgende Reformschritte geplant:

- Sommer 2011: Grob- und Feinausplanung der militärischen und zivilen Organisationsbereiche
- Okt. / Nov. 2011: Bekanntgabe der Standortentscheidungen
- Bis 2017 / 2019: Einnahme der neuen Bundeswehrstruktur

Fazit

Der Verteidigungsminister lässt das Bemühen erkennen, die Bundeswehrreform auf ein solides Fundament zu stellen. Darin unterscheidet er sich wohlthuend von seinem Vorgänger. Die Reform erfolgt nicht mehr ausschließlich nach Kassenlage, sie wird – wie von uns gefordert – sicherheitspolitisch begründet, der Personalumfang wird aus den Aufgaben abgeleitet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns bewusst, dass die von der jetzigen Bundesregierung eingeleitete Reform in den meisten Bereichen – auch für die Nachfolgerregierung – unumkehrbar ist. Umso mehr bedauern wir, dass die Bundesregierung bei der Reform keinen parteiübergreifenden Konsens gesucht hat. Dies wird der gesellschaftlichen Bedeutung der Neuausrichtung der Bundeswehr nicht gerecht.

Die Eckwerte der Neuausrichtung liegen in wesentlichen Punkten dicht bei den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion.

In Bezug auf die Nachwuchsgewinnung ist das Freiwilligenmodell der Bundesregierung allerdings unambitioniert und nicht akzeptabel. Der Weg in eine reine Berufsarmee ist damit vorgezeichnet. Dies entspricht nicht der sozialdemokratischen Vorstellung einer in der Gesellschaft verankerten Bundeswehr.

Enttäuschend ist, dass der Minister kein einziges Wort über eine Arbeitsteilung der Streitkräfte innerhalb Europas verloren hat. Dies ist bezeichnend dafür, dass diese Bundesregierung bei der Gestaltung einer europäischen Sicherheitsarchitektur nicht mehr gefragt ist. Das Leitbild einer europäischen Armee muss Ziel von nationalen Reformanstrengungen sein.

Ohne solide Finanzierung wird diese Reform scheitern. Es müssen endlich Fakten vorgelegt werden, wie die neue Bundeswehr angemessen finanziert wird. Ansonsten geht das Vertrauen in die Reform schnell verloren.